Mitteilung für den Rat der Stadt Bielefeld am 15.06.2023

Erste Einschätzungen zum Haushalt 2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Zeitplan zur Aufstellung des Haushaltsplans und der Wirtschaftspläne des UWB und des ISB 2024 sieht vor, dass ich den Haushaltsplanentwurf für das kommende Jahr am 10.08.23 in den Rat einbringen werde. Es ist jedoch geübte Praxis, dass ich Ihnen meine ersten Einschätzungen zum zukünftigen Haushalt bereits vor der Sommerpause mitteile.

1. Verfahrensstand

Die Planung der investiven Maßnahmen für die Jahre 2024 bis 2027 ist im Wesentlichen bereits abgeschlossen. Die Preislisten der Servicebetriebe für das Jahr 2024 wurden entsprechend den Vorgaben des Verwaltungsvorstandes erstellt, geprüft und genehmigt; die Managementproduktpauschale wurde ermittelt. Auch die Ermittlung der konsumtiven Planwerte für den Haushalt 2024 und die entsprechende Mittelfristplanung ist zu großen Teilen abgeschlossen.

Am 20.06.23 wird der Verwaltungsvorstand über die Haushaltsplanung 2024 beraten und entscheiden, ob der Entwurf des Haushaltsplans einschließlich der mittelfristigen Planung bis 2027 auf Basis der derzeitigen Planungsdaten aufzustellen ist.

Die endgültige Aufstellung und Bestätigung des Haushaltsplanentwurfs ist für Mitte Juli vorgesehen.

Die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs ist für die Ratssitzung am 10.08.23 geplant. Danach erfolgen die Beratungen in den Bezirksvertretungen und Fachausschüs-

sen. Für den 20. und 21.11.23 sind die Abschlussberatungen im Finanz- und Personalausschuss vorgesehen mit dem Ziel der Verabschiedung des Haushalts und der Wirtschaftspläne durch den Rat am 14.12.23.

2. Ausgangslage / Mittelfristplanung aus dem Haushalt 2023

Am 08.12.22 wurde der Haushaltsplan 2023 durch den Rat der Stadt Bielefeld verabschiedet.

Die wesentlichen Eckdaten stellten sich wie folgt dar:

Gesamtergebnisplan (in Mio. EUR)	Ist 2021	Ansatz 2022	Ansatz 2023	Plan 2024	Plan 2025	Plan 2026
Ordentliche Erträge	1.453,8	1.459,8	1.572,0	1.587,4	1.620,5	1.655,8
Ordentliche Aufwendungen	1.430,4	1.536,8	1.656,0	1.668,9	1.690,0	1.717,0
Ordentliches Ergebnis	23,4	-77,0	-84,0	-81,5	-69,5	-61,2
Finanzergebnis	21,8	15,0	4,9	2,8	0,2	-3,4
Außerordentliches Ergebnis	68,1	41,4	41,4	24,2	19,1	16,7
Jahresergebnis	113,3	-20,6	-37,7	-54,5	-50,2	-47,9

Während in der Mittelfristplanung aus dem Doppelhaushalt 2020/2021 noch durchgehend positive Jahresergebnisse bis 2024 prognostiziert wurden, sah die Mittelfristplanung aus dem Haushalt 2022 bereits negative Jahresergebnisse ab 2022 vor; in der Haushaltsplanung 2023 verschärften sich die prognostizierten Jahresfehlbeträge nochmals.

3. Aktueller Stand der Haushaltsplanung 2024 einschließlich der mittelfristigen Planung bis 2027

Die aktuellen Auswertungen der Mittelanmeldungen für den Haushalt 2024 zeigen für die Jahre 2024 bis 2027 erheblich höhere negative Jahresergebnisse im Vergleich zur Mittelfristplanung aus dem laufenden Haushalt 2023 auf. Im Rahmen der aktuellen Ergebnisplanung ergeben sich unter Berücksichtigung der bisherigen konsumtiven Mittelanmeldungen für den Planungszeitraum 2024 bis 2027 nach derzeitigem Stand Jahresfehlbeträge zwischen rd. 110 Mio. EUR und 120 Mio. EUR pro Jahr. Insgesamt ist für den Planungszeitraum mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 470 Mio. EUR zu rechnen.

Aufgrund positiver Jahresabschlüsse konnten in den vergangenen Jahren Zuführungen in die Ausgleichsrücklage erfolgen. Zum 31.12.22 betrug die Ausgleichsrücklage rd. 418 Mio. EUR.

Nach derzeitiger Planung wird dies dennoch nicht ausreichend sein, die Fehlbeträge bis 2027, dem letzten Jahr der Mittelfristplanung, zu decken. Folglich wird 2027 die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden müssen. Aus dem aktuellen Planungsstand ergibt sich jedoch noch keine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes.

4. Bereits berücksichtigte Sachverhalte

a) Wegfall der Isolation coronabedingter und durch den Krieg gegen die Ukraine bedingter Haushaltsbelastungen

Das aktuelle NKF-COVID-19-Ukraine-Isolierungsgesetz (NKF-CUIG) sieht eine Isolation coronabedingter und durch den Krieg gegen die Ukraine bedingter Haushaltsbelastungen bei der Aufstellung der Haushaltssatzung 2024 nicht mehr vor. Der zukünftige Haushalt wird dadurch mit rd. 17 Mio. EUR bis 24 Mio. EUR pro Jahr belastet.

b) Personal- und Versorgungsaufwand

Nach dem derzeitigen Stand wird der Personal- und Versorgungsaufwand im Vergleich zur Mittelfristplanung aus dem Haushaltplan 2023 um rd. 34 Mio. EUR bis 41 Mio. EUR pro Jahr steigen. Erforderliche Mehrstellen und höhere Tarifabschlüsse führen im Wesentlichen zu entsprechenden Steigerungen des Personalaufwandes.

c) Vereinbarung zur Finanzierung des ÖPNV in Bielefeld mit den Beteiligungen BBVG mbH, SWB GmbH und moBiel GmbH

Durch die Bereitstellung des ÖPNV in Bielefeld erwirtschaftet die moBiel GmbH dauerhaft erhebliche Verluste. Diese wurden in der Vergangenheit vollständig durch die Stadtwerke Bielefeld GmbH ausgeglichen; zukünftig ist dies jedoch aus Sicht der Stadtwerke wirtschaftlich nicht mehr darstellbar. Aus diesem Grund wurde eine Finanzierungsvereinbarung zwischen der Stadt Bielefeld, der moBiel GmbH, der Stadtwerke Bielefeld GmbH und der Bielefelder Beteiligungs- und Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH erarbeitet. Die entsprechende Vorlage befindet sich heute auf der Tagesordnung des Rates. In der Ergebnisplanung für 2024 bis 2027 wird bereits eine Erhöhung der bisher geplanten Betriebskostenzuschüsse der Stadt an die moBiel GmbH um rd. 5 Mio. EUR für 2024, rd. 5,5 Mio. EUR für 2025 und rd. 2,4 Mio. EUR für 2026 sowie eine Minderung von rd. 700 TEUR für 2027 berücksichtigt.

d) Zinsaufwand

Aufgrund steigender Investitionsbedarfe und höherer Zinsen wird für den Planungszeitraum 2024 bis 2027 von einer Steigerung des Zinsaufwandes um insgesamt rd. 52 Mio. EUR im Vergleich zur Haushalts- und Mittelfristplanung 2023 ausgegangen.

5. Noch zu berücksichtigende Sachverhalte

Im derzeitigen Stand der Ergebnisplanung noch nicht berücksichtigt sind folgende wesentliche Positionen:

- Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Aufbau und Betrieb der Diamorphin-Praxis,
- Aufwendungen für eine mögliche Inbetriebnahme einer Notschlafstelle für Jugendliche,
- evtl. zusätzliche Bedarfe aufgrund der Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt, moBiel GmbH, Stadtwerke Bielefeld GmbH und der BBVG mbH hinsichtlich des ÖPNV in Bielefeld,
- Auswirkungen der kommenden Steuerschätzungen (Oktober 2023), insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen eher negativen wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland,
- die Gemeindefinanzierung des Landes für das Jahr 2024, insbesondere die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen.

Die finanziellen Auswirkungen werden dann ggf. über die Etatberatungen im endgültigen Haushaltsplan 2024 Berücksichtigung finden.

6. Fazit

Nach aktuellem Planungsstand gehe ich für den Haushaltsplanentwurf von erheblichen Jahresfehlbeträgen für die Jahre 2024 bis 2027 aus. Bis 2026 werden diese voraussichtlich vollständig durch Inanspruchnahme der Ausgleichrücklage kompensiert werden können. 2027 wird die Ausgleichsrücklage jedoch aufgezehrt und die allgemeine Rücklage zur Deckung herangezogen werden müssen. Da die Reduzierung der allgemeinen Rücklage jedoch voraussichtlich unter 25% des in der Schlussbilanz des Vorjahrs auszuweisenden Ansatzes der allgemeinen Rücklage liegen wird, besteht vorerst noch keine Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Dennoch besteht keinerlei Spielraum für weitere wesentliche Verschlechterungen ohne Kompensation.

Die Verwaltung wird den Haushaltsplanentwurf jetzt abschließend aufstellen und in der kommenden Ratssitzung am 10.08.23 erfolgt dann die entsprechende Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2024. Wie in der Vergangenheit werde ich dann weitergehende Einschätzungen zur aktuellen Haushaltsslage und den perspektivischen Entwicklungen geben können.

Kaschel
Stadtkämmerer